



**26. Bremer Protesttag gegen  
Diskriminierung behinderter Menschen**

**- 3. Mai 2018 -**

---

**„Inklusion von Anfang an –  
Teilhabe für Alle!“**

**ARBEITSKREIS BREMER PROTEST  
gegen Diskriminierung und für Gleichstellung  
behinderter Menschen**



## 26. Bremer Protesttag am 3. Mai 2018

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.  
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen

Tel.: 0421/ 38 777-14/ -0  
Fax: 0421/ 38 777-99  
Email: [info@lags-bremen.de](mailto:info@lags-bremen.de)  
Internet: [www.lags-bremen.de](http://www.lags-bremen.de)

### Redaktion und Gestaltung:

Gerald Wagner, *LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.*

### Redaktionelle Bearbeitung der Redebeiträge:

Gerald Wagner, *LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.*

### Fotos

Frank Scheffka, *Raum-Atelier für Fotografie / LAGS Bremen e. V.*

Mit freundlicher Unterstützung der Aktion Mensch





# Inhaltsverzeichnis

Bericht zum 26. Bremer Protesttag	S. 7
Öffentlichkeitsarbeit für den 26. Bremer Protesttag	S. 11
Redebeiträge im Rahmen des 26. Bremer Protesttages	S. 15
Der 26. Bremer Protesttag im Spiegel der Presse	S. 25
Fotos des 26. Bremer Protesttages	S. 29



**BERICHT ZUM 26. BREMER  
PROTESTTAG AM 3. MAI 2018**

Im Rahmen des Europäischen Protesttages gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung behinderter Menschen veranstaltete der Arbeitskreis Bremer Protest am 3. Mai 2018 in diesem Jahr bereits den 26. Bremer Protesttag. Der Protesttag stand in diesem Jahr unter dem Motto der Aktion Mensch „Inklusion von Anfang an“ und in Bremen mit dem Zusatz „Teilhabe für Alle!“. Rund 350 Menschen mit und ohne Behinderung nahmen in diesem Jahr an der Demonstration vom Hauptbahnhof zum Marktplatz und an der anschließenden Kundgebung vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft teil.

Bereits während der von Florian Grams geleiteten und moderierten Demonstration kamen zahlreiche Teilnehmende mit ihren Forderungen zu Wort: Bessere Teilhabemöglichkeiten in allen Bereichen, angefangen von Kindertagesstätte und allgemein- wie berufsbildenden Schulen, in Ausbildung und Beruf, im Freizeit- und Alltagsleben. Die anschließende Kundgebung zum Motto „Inklusion von Anfang an – Teilhabe für alle!“ wurde wieder sehr professionell von Wilhelm Winkelmeier (SelbstBestimmt Leben) moderiert.

Dieter Stegmann (1. Vorsitzender der LAGS Bremen), betonte in seiner Eröffnungsrede, „Inklusion von Anfang“ an bedeute, dass behinderte und nichtbehinderte Menschen sich konsequent in allen Lebensbereichen für die umfassende gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen einsetzen müssen. Bei jedem Projekt und in jedem Bereich müsse die Teilhabe behinderter Menschen in vollem Umfang Berücksichtigung finden. Er sprach als erster Redner auch ein aktuelles Problem an: Die Klage der Schulleitung des Gymnasium Horn gegen die Einrichtung einer Inklusionsklasse an ihrer Schule. Dieter Stegmann forderte, dass Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigung auch von der Schulform des Gymnasiums nicht ausgeschlossen werden dürften. Das Gymnasium Horn habe lange genug Zeit gehabt, sich auf die Einrichtung der Inklusionsklasse vorzubereiten. „Eine Rolle rückwärts bei der Inklusion darf es nicht geben“, so Dieter Stegmann. Weitere Themen seiner Rede waren unter anderem die konsequentere Umsetzung und voll umfängliche Finanzierung von Assistenz am Arbeitsplatz, Forderung nach mehr barrierefreiem Wohnraum und die konsequentere Schaffung von Barrierefreiheit in Arztpraxen.

Dr. Joachim Steinbrück (Behindertenbeauftragter des Landes Bremen) führte zunächst aus, dass es in den letzten Jahrzehnten schon viele Fortschritte bei der Teilhabe behinderter Menschen gegeben habe, zum Beispiel die weitreichende Barrierefreiheit in Straßenbahnen und Bussen. Die aktuelle Diskussion über die Inklusion am Gymnasium Horn mache ihm aber Sorge, weil die Argumentation der Schulleitung in Richtung eines Rückschritts zum alten Förderschulsystem gehe. Das sei einfach nicht hinnehmbar, sondern es müssten stattdessen alle bestehenden Förderzentren nach und nach in inklusive Schulen umgewandelt werden. Darüber hinaus forderte er mehr finanzielle Mittel für die Förderung behinderter Kinder von Anfang an in den Kindertagesstätten. Weiterhin schilderte er Fortschritte wie auch Defizite in der Verkehrsplanung und beim barrierefreien Bauen und Wohnen. Insbesondere dürfe der Schutz alter Gebäude bzw. der Denkmalschutz nicht höher bewertet werden, als die Herstellung von Barrierefreiheit.

Stephan Pitsch (Schwerbehindertenvertretung Schulen Bremen) schilderte seine eigenen Erfahrungen mit dem Gymnasium Horn aus seiner Zeit als Förderlehrer und führte aus, dass es an den Gymnasien Kerschensteiner Straße und Links der Weser keine Probleme mit dem inklusiven Unterricht gebe. Zudem sei am Gymnasium Horn sogar ein Rückbau der früheren guten Bedingungen für inklusiven Unterricht erfolgt.

Im zweiten Abschnitt der Kundgebung kamen die Beschäftigten der Werkstatt Bremen zu Wort. Birgit Meierdiercks (Vorsitzende der LAG der Werkstatträte), wies darauf hin, dass Teilhabe oft von vielen kleinen und großen Barrieren in allen Lebensbereichen verhindert wird - Treppen, „Stolperfallen“ auf den Wegen, Fahrten mit Bus und Bahn, ebenso komplizierte Sprache oder eine Fremdsprache. Aber Barrierefreiheit sei auch „Kopfsache“: „Auch in unseren Köpfen gibt es Barrieren, weil wir denken die oder der Andere respektiert mich nicht, weil ich eine Behinderung habe“, so Birgit Meierdiercks. Sie appellierte daran, dass alle Menschen einfach die Bereitschaft aufbringen sollten, einander etwas näher zu rücken. „Barriere – Nein danke!“, mit diesen Worten schloss sie ihre Rede. Roland Pawlik der 1. Vorsitzende des Werkstattrats der Werkstatt Bremen, wies darauf hin, dass Bremen mit der Inklusion aus seiner Sicht nicht so weit fortgeschritten sei wie zum Beispiel Oldenburg. Ramona Bauermann-Meier (Frauenbeauftragte Werkstatt Bremen), begrüßte, dass mit dem Bundesteilhabegesetz die Frauenbeauftragte fest in der Werkstätten-Mitwirkungs-Verordnung verankert sei. Jetzt müsse die Bremer Politik die nötige Unterstützung und Assistenz finanziell regeln. Auf das alte Problem, dass Werkstattbeschäftigte deutlich weniger verdienen als Beschäftigte auf dem 1. Arbeitsmarkt, ging der Werkstattbeschäftigte Benjamin Knutsen ein.

Heike Oldenburg (EXPA Dialog) machte deutlich, dass Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, besonders Menschen die Opfer von Gewalt geworden sind, besondere Unterstützung brauchen wenn Sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben wollen - zum Beispiel durch Genesungsbegleiter\*innen.

Sabine Schöning (Vorsitzende des Landesverbands der Gehörlosen Bremen) sprach an, dass es für die gehörlosen Menschen in Bremen noch keine volle Barrierefreiheit gibt. So würden beim Besuch bei der Volkshochschule keine Gebärdendolmetscher\*innen finanziert, ebenso bei Veranstaltungen und ehrenamtlichem Engagement. So stünden Gehörlose oft „außen vor. Die Berufsorientierung für die Schüler an der Gehörlosenschule sei inzwischen beendet worden Dieses und vieles mehr seien spezielle Barrieren für Gehörlose.

Auch für Blinde und Sehbehinderte sei umfassende Teilhabe noch immer schwierig, so Martina Reicksmann (Blinden- und Sehbehindertenverein Bremen). Blinde und sehbehinderte Kinder bräuchten in der Schule die Unterstützung von gut ausgebildeten Personen, die zum Beispiel Tastbilder oder Modelle herstellen. PC-Ausstattung, spezielle Vorlese-Programme für blinde und Vergrößerungsprogramme für sehbehinderte Kinder sowie das Erlernen der Brailleschrift (Punktschrift) seien notwendig. Für Erwachsene sei eine sofortige Rehabilitation nach Sehverlust sehr wichtig. Wer z. B. infolge einer altersbedingten Makula-Degeneration nicht mehr lesen könne, müsse geschult werden, sich Informationen auf anderen Wegen zu verschaffen.

Die ausführlichen Reden sind im weiteren Verlauf dieser Dokumentation ab Seite 15 veröffentlicht.

Für musikalische Begleitung sorgte Hanna Burr, die mit ihrem „Soul“-Stil sehr guten Anklang bei den Besucherinnen und Besuchern fand. Während der Demonstration und der Kundgebung bestand für die zahlreichen Teilnehmenden die Möglichkeit, sich an Info-Ständen über die Arbeit von Behinderten-Organisationen zu informieren. Am Stand der LAG

Selbsthilfe präsentierten die LAG und Vertreter\*innen anderer Vereine ihre Angebote im Rahmen der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB).

Über den 26. Protesttag wurde im Bremer Regionalfernsehen („Buten un Binnen“, „SAT 1 Regional“), im Weser-Kurier, in der Syker Kreiszeitung und in den „Kobinet-Nachrichten“ berichtet. Die „Compagnons“ / Cooperative inklusiver Film“ drehten eine Filmdokumentation mit vielen „O-Tönen“ - eine DVD ist bei der LAGS erhältlich. Frank Scheffka (Raum-Fotografie) sorgte für umfangreiches Fotomaterial.

Wir danken dem Werkstatttrat der Werkstatt Bremen, den Moderatoren Florian Grams und Wilhelm Winkelmeier, sowie den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und allen, die zum Gelingen des 26. Bremer Protesttages beigetragen haben, für die große Unterstützung. Weiterhin gilt unser Dank der Aktion Mensch, die den Bremer Protesttag auch im Jahr 2018 wieder finanziell unterstützt hat.

# **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT FÜR DEN 26. BREMER PROTESTTAG AM 3. MAI 2018**

- Plakat / Flugblatt
- Pressemitteilung

# Demonstration und Kundgebung

im Rahmen des 26. Bremer Protesttages  
gegen Diskriminierung behinderter Menschen



**am Donnerstag, 03.05.2018 von 12.00 – 15.00 Uhr**

**12.00 Uhr**            **Start der Demonstration**  
**Bahnhofsplatz (Überseemuseum)**

**13.15 Uhr**            **Kundgebung auf dem Marktplatz**

**bis 15.00 Uhr**        **Informationsstände zur Behindertenpolitik**

Die Demonstration und die Kundgebung werden in Gebärdensprache übersetzt.

Kontakt:  
ARBEITSKREIS BREMER PROTEST gegen Diskriminierung und  
für Gleichstellung behinderter Menschen  
☎ HB 38 777-14 (LAG Selbsthilfe Bremen) oder  
HB 22 311-31 (LV der Gehörlosen)

**Aktion**  
**MENSCH**

# **FORDERUNGEN DES ARBEITSKREISES „BREMER PROTEST“ ZUM 26. PROTESTTAG AM 3. MAI 2018**

---

## **Inklusion von Anfang an – Teilhabe für Alle!**

BEHINDERTE MENSCHEN ÜBERALL GLEICHBERECHTIGT EINBEZIEHEN

Inklusion bedeutet Teilhabe in allen Lebensbereichen. Jeder Mensch soll überall dabei sein können. Behinderung, chronische Erkrankung oder psychische Beeinträchtigung dürfen niemanden ausgrenzen. Wir sind alle verschieden, und DAS soll die Normalität in unserem Lebensalltag sein, in Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen, in der Ausbildung, in der Universität, am Arbeitsplatz, beim eigenständigen Wohnen, bei der Teilhabe in Sport, Freizeit und Kultur und in der Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen. Dafür stehen beispielhaft unsere Forderungen:

### **❖ INKLUSIVE BILDUNG FÜR ALLE VON „KLEIN AUF“!**

Kinder und Jugendliche mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung sollen nicht nur die gleichen Bildungschancen haben wie alle Kinder, sondern auch auf eine „Schule für Alle“ gehen. Die Gruppen- oder Klassengröße darf 20 Kinder nicht überschreiten. Fachpersonal (Sonderpädagogen aller Fachrichtungen, Psychologen, Therapeuten, Assistenten) muss in ausreichendem Maße auch zu einer regelhaften Doppelbesetzung zur Verfügung stehen. Kitas, allgemein- und berufsbildende Schulen und Hochschulen müssen auch mit entsprechender Technik (z. B. Spezial-Computer und spezielle Programme für Blinde und Sehbehinderte) ausgestattet sein. Das Erlernen der Brailleschrift („Blindenschrift“) ist zu gewährleisten. Zur Umsetzung dieser Forderungen sind deutlich mehr Investitionen in Ausbildung, Personal, Gebäude und Ausstattung notwendig.

### **❖ FREIE BERUFSWAHL FÜR ALLE!**

Werkstätten für behinderte Menschen bewahren viele Menschen mit Beeinträchtigung vor der Arbeitslosigkeit - das ist eine wichtige Leistung. Aber behinderte Menschen müssen auch ihr Recht auf freie Berufswahl wahrnehmen können. Vom Praktikum an, dann in der Ausbildung und später „im Job“ sollen behinderte Menschen die gleichen Berufschancen haben wie alle anderen auch. Dazu gehören inklusive Berufsschulen, Arbeitsassistenzen, barrierefreie Gestaltung des Arbeitsplatzes und vieles mehr. Für den Wechsel von der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt muss das „Budget für Arbeit“ durch die zuständigen senatorischen Behörden stärker bei Arbeitgebern und Werkstattbeschäftigten beworben werden.

### **❖ BARRIEREFREIHEIT IN ALLEN LEBENSBEREICHEN!**

Gebäude, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Informationssysteme, akustische und bildliche Informationsquellen, Kommunikationseinrichtungen und alle anderen gestalteten Lebensbereiche müssen für behinderte Menschen ohne besondere Erschwernis zugänglich und nutzbar sein. Hier darf es keine Ungleichbehandlung zu Menschen ohne Behinderung bei lebenslangem Lernen, Teilhabe am Arbeitsleben, in den Hochschulen, in allen Freizeitbereichen und an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen geben.

### **❖ TRAUMATISCHE ERFAHRUNGEN DÜRFEN NICHT AUSGRENZEN!**

Viele Menschen haben früh Gewalt erlebt; oft sind Behinderungen und chronische Erkrankungen die Folge davon. Die Teilhabe am Leben wird häufig durch traumatische Erfahrungen schwierig oder gar unmöglich. Darum müssen unterstützende Angebote (z. B. Schattenriss, Jungenbüro und andere) dauerhaft fest finanziert werden.

---

Es macht Spaß, etwas zu bewegen. Wir freuen uns über viele Menschen, die mitmachen wollen! Unsere Kontaktadresse: ARBEITSKREIS BREMER PROTEST LAG Selbsthilfe Bremen – Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen

**ARBEITSKREIS BREMER PROTEST**  
gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

**26. Bremer Protesttag am Donnerstag, 03.05.2018 im Rahmen  
des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderung gegen Diskriminierung  
und für Gleichstellung behinderter Menschen**

Am 3. Mai 2018 findet im Rahmen des Europäischen Protesttages gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen bereits zum 26. Mal der Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen statt. Um 12:00 Uhr startet der traditionelle Demonstrationzug durch die Bremer Innenstadt mit anschließender Kundgebung um 13.15 Uhr auf dem Bremer Marktplatz. Nach der Kundgebung besteht die Möglichkeit, sich über die Arbeit der Selbsthilfeorganisationen zu informieren. In diesem Jahr steht der Protesttag unter dem Motto der Aktion Mensch „Inklusion von Anfang an“, und in Bremen mit dem Zusatz „Teilhabe für Alle!“. Zu diesem Schwerpunkt werden Bremens Landesbehindertenbeauftragter Dr. Joachim Steinbrück und zahlreiche weitere Rednerinnen und Redner sprechen.

Dazu erklärt der 1. Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen, Dieter Stegmann: „Beim Thema Inklusion darf es nicht um Ideologie gehen, sondern im Mittelpunkt stehen die Menschen mit und ohne Behinderung. Menschen mit geistiger, psychischer und körperlicher Beeinträchtigung sollen an allen Lebensbereichen teilhaben können. Menschen mit und ohne Beeinträchtigung können und sollen miteinander und voneinander lernen und gemeinsam unser Leben gestalten. Dafür müssen in allen Lebensbereichen die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden – in Kinderbetreuungseinrichtungen, in Schulen aller Schulformen, an den Hochschulen, in der Arbeitswelt, in Gebäuden, Wohnungen und im öffentlichen Raum.“

Der Protesttag wird wie folgt ablaufen:

Ab 10.00 Uhr: Info-Stände auf dem Marktplatz

12.00 Uhr: Start der Demonstration am Bremer Hauptbahnhof / Überseemuseum

13.15 Uhr: Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz.

15.00 Uhr: Ende der Veranstaltung

Der Protesttag wird auch in diesem Jahr von Aktion Mensch gefördert.

Über eine Ankündigung sowie Ihre Begleitung und Berichterstattung über die Veranstaltung würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Gerald Wagner, LAGS Bremen e. V.

Bremen, 19.04.2018

Anlage: Flugblatt

**Aktion**  
**MENSCH**

**REDEBEITRÄGE IM RAHMEN DES  
26. BREMER PROTESTTAGES  
AM 3. MAI 2018**

## Rede von Dieter Stegmann, 1. Vorsitzender LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen anlässlich des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserer Kundgebung aus Anlass des 26. Protesttages gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung behinderter Menschen. Wir haben heute in Bremen das Motto der Aktion Mensch „Inklusion von Anfang an“ um den Halbsatz „Teilhabe für alle“ erweitert.

Einige wenige Grundsätze, denn das ist es, worauf wir heute aufmerksam machen wollen und wo noch sehr viel getan werden muss. Inklusion von Anfang an meint, dass sich behinderte Menschen gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen für eine gleichberechtigte Teilhabe einsetzen müssen. Von Anfang an meint auch, dass dies schon bei der Planung von Projekten geschehen muss. Das stellt auch behinderte Menschen vor neue Herausforderungen, die wir gemeinsam meistern können. Das beginnt in der Familie, setzt sich fort über den Kindergarten und die Grundschule und umfasst auch alle anderen Bereiche des täglichen Lebens, wie beispielsweise Arbeit, Wohnen und Freizeit. In all diesen Bereichen müssen behinderte und nichtbehinderte Menschen gemeinsam darüber reden, wie Projekte gestaltet und verwirklicht werden können, damit etwas Gemeinsames entstehen kann.

Ein paar Beispiele:

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist seit nunmehr 9 Jahren einfaches Recht in Deutschland. Sie enthält auch Vorschriften zur gemeinsamen Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Deshalb ist es erstaunlich, dass in Bremen nunmehr der Versuch unternommen wird, behinderte Menschen wieder vom Schulbesuch auszugrenzen.

Wir fordern von dieser Stelle aus die Leiterin des Gymnasiums Horn auf, die Klage gegen die gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder zurück zu nehmen und Gespräche mit der Bildungsbehörde aufzunehmen, damit eine gemeinsame Beschulung zu guten Bedingungen möglich wird. Das Gymnasium Horn hatte unserer Meinung nach genügend Zeit, sich auf diese Situation vorzubereiten. Eine Rolle rückwärts – also gegen Inklusion in der Bildung – darf es nicht geben.

Gleiches gilt für die Notwendigkeit, endlich mehr bezahlbaren barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnraum zu schaffen. Es gibt zwar hier und da erste gute Ansätze, aber von einem flächendeckenden Angebot sind wir in Bremen und Bremerhaven noch sehr weit entfernt.

Im Hinblick auf festgestellte notwendige Assistenz für behinderte Menschen am Arbeitsplatz muss Bremen unserer Meinung nach noch konsequenter handeln. Zwar hat das Bundesverwaltungsgericht Ende Januar 2018 dazu Aussagen gemacht, die aber für die betroffenen Menschen zu kurz greifen, weil sie nur die Art der Unterstützung, nicht aber zu ihrem im Einzelfall erheblich größeren Umfang passen.

Es kann nicht sein, wenn eine Unterstützung am Arbeitsplatz für 8 Stunden notwendig ist, dass diese dann nur für 4 Stunden gewährt wird. Man kann die notwendige Unterstützung nicht einfach nach der Hälfte der Arbeitszeit abrechnen. Wie soll der behinderte Mensch, wenn die Assistenz am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Studium in vollem Umfang als

notwendig anerkannt ist, ohne diese Unterstützung die andere Hälfte der Arbeitszeit bewältigen? Wenn die Assistenz in vollem Umfang anerkannt ist, muss sie auch in vollem Umfang finanziert werden.

Viele Arzt- und Therapiepraxen sind nicht barrierefrei zugänglich und nutzbar. Behinderte Menschen haben aber den gleichen Anspruch und gleiche Rechte auf eine gute wohnortnahe medizinische und therapeutische Versorgung.

Über die Zulassung eines Medizinischen Zentrums für erwachsene behinderte Menschen sollte die Gesundheit Nord (GeNo) im Februar 2018 entscheiden. Erneut wurde diese Entscheidung auf unbestimmte Zeit vertagt. Wir fordern endlich über die Zulassung des Zentrums zu entscheiden, damit die Gespräche über seine Finanzierung endlich aufgenommen werden können

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, meine eben gemachten Ausführungen sind nur ein Teil der Beispiele, wo Inklusion und Teilhabe wichtig sind, damit behinderte und nichtbehinderte Menschen mehr Gemeinsamkeit erfahren und erleben dürfen.

Lassen Sie uns weiterhin für Inklusion und Teilhabe eintreten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

### Rede des Landesbehindertenbeauftragten Dr. Joachim Steinbrück anlässlich des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

zunächst möchte ich mich beim AK Protest dafür bedanken, dass ich die Gelegenheit erhalte, heute hier eine kurze Rede zu halten. Und ich möchte mich beim AK Protest auch dafür bedanken, dass er diese Aktion, diese Demonstration organisiert hat.

Für mich als Landesbehindertenbeauftragten ist es auch sehr wichtig, zu spüren, zu fühlen, wie Menschen mit Behinderungen sich für ihre eigenen Interessen einsetzen, dafür auf die Straße gehen und demonstrieren. Denn vieles von dem, was wir hier in Bremen schon erreicht haben, ist nicht vom Himmel gefallen oder nur deshalb passiert, weil Politiker es gewollt haben, vielmehr hat es diese Verbesserungen nur gegeben, weil Menschen mit Behinderungen sich für ihre Interessen eingesetzt und demonstriert haben.

Gerade ist ja eine Straßenbahn hier vorbeigefahren. Und das hat mich daran erinnert, dass vor vielen Jahren, vor allem Menschen mit Rollstuhl, aber auch solche ohne, die Straßen und Schienen blockiert haben, dafür gekämpft haben, dass wir Niederflurbusse und –bahnen bekommen, und sie haben sich durchgesetzt.

Der eine Punkt ist nochmal „Inklusion von Anfang an – Teilhabe für Alle“, und wir erleben, dass in den Kindertagesstätten die Gelder zur Förderung von Kindern mit Behinderungen nicht erhöht worden sind, obwohl sich die Zahl der Kinder mit Behinderungen, die besondere Unterstützung brauchen, fast verdoppelt hat in den letzten zehn bis zwölf Jahren. Politik hat sich jetzt dazu entschlossen, die Mittel zu erhöhen. Aber nach dem, was ich mitbekommen habe, wird das nicht ausreichen, tatsächlich eine gute Versorgung in den Kindertagesstätten

zu gewährleisten. Ich glaube, da muss noch einiges getan werden, genauso wie in den Schulen.

Wir reden ja sehr viel über die Inklusion in der Schule. Dieter Stegmann hat gerade auch das Beispiel des Gymnasiums Horn angesprochen und hat auch die Schulleitung nochmal aufgefordert, die Klage gegen das Bildungsressort zurückzunehmen. Zur Erinnerung: Das Gymnasium Horn wehrt sich dagegen, Schülerinnen und Schüler mit dem sogenannten Förderbedarf „Wahrnehmung und Entwicklung“ aufzunehmen und hat sogar gegen das Bildungsressort geklagt. Ob so eine Klage überhaupt zulässig ist, wird das Verwaltungsgericht entscheiden müssen. Ich vermute aber, dass sie unzulässig ist, als Jurist.

Gleichwohl zeigt dieser Konflikt auch, wo wir in dieser Stadt stehen: Es gibt nach wie vor – auch in Schulen - Menschen, die offenkundig keine Inklusion wollen, keine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Schülerinnen und Schüler. Dies wird natürlich nicht so offen gesagt, sondern dann wird gesagt, es ist ja vielleicht auch für die Schüler und Schülerinnen besser, wenn sie wieder in einer Förderschule unterrichtet werden und damit von der Allgemeinheit ausgeschlossen werden. Im internationalen Verständnis der Menschenrechte ist eine Sonderschule und der Zwang dort hinzugehen menschenrechtswidrig, benachteiligt behinderte Schülerinnen und Schüler, so dass es aus meiner Sicht gar nicht möglich ist, hier so eine Ausgrenzung vorzunehmen. Ich habe gestern ein Schreiben der Schulleitung bekommen, auf die Forderung des Landesteilhabebeirats hin, aus diesem Schreiben ergibt sich, dass die Schulleitung die Klage nicht zurücknehmen will, und dort wird auch davon geredet, dass auch ein Recht besteht, in einer Förderschule unterrichtet zu werden. Man kann diesen Brief also auch so verstehen, dass die Schulleitung fordert, wieder Förderzentren zu schaffen, dort wo sie bereits geschlossen worden sind.

Meine Damen und Herren, welch ein Unsinn: Man hat zu wenig Geld für die Inklusion, die muss man aber aufrechterhalten und weiterführen und will gleichzeitig ein zweites paralleles System schaffen, wieder neu schaffen, nämlich Förderschulen, die auch Geld kosten, also hat man unterm Strich noch weniger Geld, und das wird sicher zu Lasten der Inklusion gehen. Deshalb sage ich „NEIN“- Keine neuen Förderschulen. Im Gegenteil Wir müssen überlegen wie wir vernünftig und schrittweise auch die bestehenden Förderzentren zu inklusiven Schulen umwandeln, soweit sie sich selbst noch nicht auf den Weg gemacht haben.

Das ist der Punkt zu dem ich nochmal ergänzend sagen möchte, wir werden auch diesen Brief der Schulleitung an die Mitglieder des Landesteilhabebeirats (LTHB) schicken, es war ja eine Antwort auf unseren Beschluss und wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Mittel für Inklusion in den Schulen auch weiter erhöht werden.

Der zweite Punkt zu dem ich noch etwas sagen möchte, ist das Thema Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen und für alle. Im Moment wird das Bremische Behindertengleichstellungsgesetz überarbeitet, es soll wie es im Amtsdeutsch heißt novelliert werden, also erneuert werden und es gibt in diesem Gesetzentwurf einen Paragraphen, der sich mit der Barrierefreiheit im Bereich Bauen und Verkehr auseinandersetzt. In dem sogenannten zweiten Arbeitsentwurf zu diesem Gesetz ist eine Regelung drin, bei der ich als Jurist den Eindruck habe, der Schutz alter Gebäude vor der Barrierefreiheit hat einen größeren Stellenwert in dem Gesetzentwurf als das Ziel Barrierefreiheit zu schaffen. Ich kann an dieser Stelle verkünden, wenn diese Regelung so durchkommt und nicht mindestens die

Regelung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes in das Landesgesetz aufgenommen wird, dann wird dies auf meinen - und ich hoffe auch auf unseren gemeinsamen - erbitterten Widerstand stoßen.

Wir wollen, dass schrittweise in Bremens öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Verkehrsraum noch bestehende Barrieren abgebaut werden und dafür auch verbindliche Regelungen, ich betone das Wort „VERBINDLICHE Regelungen“ geschaffen werden und kein Wischiwaschi in ein Gesetz geschrieben wird, bei dem man das Gefühl hat, der Denkmalschutz und der Bestandsschutz älterer Gebäude nimmt einen höheren Stellenwert ein, als das Ziel, Barrieren abzubauen, dort wo sie noch sind.

Wir haben ein ganz wichtiges Thema hier in Bremen was viele vielleicht auch schon kennen und kennengelernt haben. Menschen die Fernbusse benutzen, um irgendwo hinzufahren, kennen das Problem. . Am Breitenweg ist die Situation ziemlich schwierig, in Reisebusse und Fernbusse einzusteigen, weil man immer auf dem Fahrradweg ist . Deshalb hat Bremen sich dazu entschieden, einen Busbahnhof in der Nähe des Bahnhofes hinten beim Überseemuseum zu bauen. Und auch hier kann ich nur sagen wir wollen natürlich dass dieser Busbahnhof in all seinen Teilen also auch in dem Gebäude barrierefrei ist und für Menschen mit allen Behinderungen, also nicht nur für Menschen mit Rollstuhl und Rollator, sondern auch für Blinde, Sehbehinderte, Hörbehinderte und Menschen mit Lernschwierigkeiten gut und barrierefrei nutzbar ist. Deshalb habe ich bei einer Sitzung im Bauressort, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgefordert die Behindertenverbände und mich als LBB frühzeitig zu beteiligen, denn so ein Fernbusbahnhof steht natürlich 20, 30, 40 Jahre lang, und die Fehler die man jetzt vielleicht macht, bei der Planung und beim Bauen die kosten viel Geld wenn man sie ausmerzen und korrigieren will. Ich denke dieser Busbahnhof ist so ein gutes Beispiel dafür, wo man schauen und prüfen kann ob und inwieweit das Bauressort hier auch auf die behinderten Menschen und ihre Verbände zugeht um ein vernünftiges Gebäude und ein vernünftiges Busterminal zu schaffen. Das sind Beispiele auf die ich hier heute eingehe, ich gehe davon aus dass wir auch in den anderen Reden noch wichtige Punkte haben und natürlich gehört auch Bremerhaven dazu, wie mir eben gerade zugerufen worden ist, das bremische Behindertengleichstellungsgesetz und die Verpflichtung Barrieren abzubauen, trifft eben nicht nur die Stadtgemeinde Bremen und das Land Bremen, sondern gilt auch für die Stadtgemeinde Bremerhaven, sodass wir natürlich bei dem Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz immer über Regelungen reden, die für das ganze Bundesland für beide Stadtgemeinden eben die Seestadt Bremerhaven und die Stadtgemeinde Bremen gelten. Das versteht sich natürlich von selbst, aber es ist auch wichtig, das hier noch einmal anzusprechen. Damit möchte ich zum Abschluss kommen und danke Ihnen und Euch für Eure Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

#### Beitrag von Moderator Wilhelm Winkelmeier (SelbstBestimmt Leben) anlässlich des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Joachim Steinbrück hat ja ein Problem mit dem Denkmalschutz und Barrierefreiheit angedeutet. Und ich wollte nur mal darauf hinweisen, dass wir ein ganz praktisches Beispiel für diesen Konflikt, für diesen Streit, zwischen Denkmalschutz und Barrierefreiheit hier gleich von Euch aus links haben, nämlich das Rathaus.

Das Rathaus ist eigentlich das Haus, das eigentlich irgendwie für uns alle wichtig ist, denn das ist nämlich UNSER Haus. Aber dieses Haus ist nach wie vor für Rollstuhlfahrer nicht durch den Vordereingang passierbar, und ich finde, das muss sich endlich ändern. Und wenn ihr der gleichen Meinung seid, dann seid mal einen kleinen Moment lang laut und applaudiert!

### Rede von Stephan Pitsch (Schwerbehindertenvertretung Schulen Bremen) anlässlich des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Ich hab vier Jahre im Gymnasium Horn als Lehrer gearbeitet in der Kooperation. Das waren vier Klassen mit Schülerinnen und Schülern der Jahrgänge 11 und 12 der sogenannten Werkstufen. Das war eine Zeit, die war sehr schwierig. Wir haben uns zwar das Gebäude geteilt, das ganze schon viele Jahre bevor ich dahin kam und einige Jahre danach auch noch. In dieser ganzen Zeit ist es nie zu einer wirklichen Kooperation gekommen. Gemeinsamer Unterricht fand nicht statt. Wir haben dasselbe Gebäude genutzt, aber ansonsten waren wir vom Schulleben weitgehend ausgeschlossen. Und dann sind diese Klassen irgendwann umgezogen als das Schulgesetz geändert wurde, an eine berufsbildende Schule, und wir waren eigentlich überhaupt nicht traurig darüber.

Und als ich jetzt gelesen habe, dass diese Schule gegen den Wunsch der Bildungsbehörde, wieder eine kleine Gruppe von Kindern mit Förderbedarf dort einzuschulen, vor Gericht zieht, habe ich eigentlich gedacht, ja das ist konsequent. Das ist genau die Haltung, die wir damals schon erlebt haben. Und begründet wurde das Ganze auch noch damit, diese Klage, man habe ja die ganzen Möglichkeiten gar nicht und die Schule sei nicht barrierefrei. Merkwürdig ist, die war mal barrierefrei. Nach unserem Auszug ist alles ausgebaut worden, und nun stellt sich die Schulleitung hin und sagt, wir können gar nicht, weil die Schule nicht barrierefrei ist. Sehr sonderbar.

### Rede von Birgit Meierdiercks (Vorsitzende LAG Werkstatträte, 2. Vorsitzende Werkstattrats der Werkstatt Bremen) beim 26. Bremer Protesttag am 3. Mai 2018

Guten Tag liebe Frauen und Männer auf dem Marktplatz, Kolleginnen und Kollegen von Werkstatt Bremen/Martinshof, zufällige Passanten auf dem Marktplatz. Danke Arbeitskreis Protest für die Organisation dieses Tages.

Ich bin Birgit Meierdiercks. Ich arbeite bei Werkstatt Bremen. Meine Rede trägt die Überschrift „Barriere nein danke“ - Eine nachdenkliche Rede.

- ❖ Treppen sind für viele von uns eine Barriere
- ❖ oder Stolpersteine auf den Wegen
- ❖ oder mit Bus + bahn zum Ziel zu kommen
- ❖ aber auch wenn sich mein Gegenüber so schwierig ausdrückt, dass Ich ihn nicht begreife
- ❖ eine fremde Sprache: z. B. französisch oder dänisch kann eine Barriere sein. Dann muss ich es mit Händen + Füßen versuchen, um mich zu verständigen.
- ❖ Es gibt Barrieren in den Köpfen der Menschen, die es zu überwinden gilt. Auch in unseren Köpfen, weil wir denken die oder der Andere respektiert mich nicht, weil ich eine Behinderung habe.

In dem Buch „Der kleine Prinz“ von einem französischen Schriftsteller, sein Name Atoine de Saint-Exupery, gibt es eine Geschichte in dem der kleine Prinz einem Fuchs begegnet. Sie

lernen sich kennen, indem der Fuchs bei jedem Treffen dem Prinzen ein wenig näher rückt. Vielleicht können wir davon lernen. Auf der Erde leben 8 Milliarden Menschen. In der Bundesrepublik leben 80 Mio Menschen. Davon haben 10 % eine Behinderung. Das sind viele. Wir alle unterscheiden uns. Barriere nein Danke das wünsche ich uns allen. Danke für Eure Aufmerksamkeit. Noch einen schönen Tag.

Rede von Ramona Bauermann-Meyer (Frauenbeauftragte Werkstatt Bremen)  
anlässlich des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Mit dem Bundesteilhabegesetz ist nun die Frauenbeauftragte fest in der Werkstätten-Mitwirkungs-Verordnung verankert. Nun ist es nötig wenn auch die Unterstützung finanziell geregelt wird. Zurzeit werden mir und meiner Stellvertretung in dem Punkt noch Steine in den Weg gelegt, in anderen Werkstätten ist das kein Problem, es wäre sehr zu begrüßen wenn die Bremer Politik die Finanzierung endlich umsetzen würde.

Rede von Benjamin Knutsen (Beschäftigter der Werkstatt Bremen) anlässlich des 26.  
Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Mein Name ist Benjamin Knutsen. Und ich wollte nur nochmal darauf aufmerksam machen, dass die Menschen, die in der Werkstatt Bremen arbeiten, eigentlich genau so viel verdienen müssen, wie alle anderen Menschen. Das heißt, was ich damit sagen will: Wir müssen mindestens den Mindestlohn kriegen!

Rede von Ronald Pawlik (1. Vorsitzender Werkstattrat der Werkstatt Bremen) anlässlich  
des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Hallo erst einmal alle miteinander. Ich freue mich dass die Werkstatbeschäftigten hier heute wieder zahlreich erschienen sind. Und wenn man überlegt, dass wir heute hier sind wegen dem Thema Inklusion muss ich sagen zu unserer Stadt Bremen, unserem Herrn Bürgermeister oder unserer Sozialsenatorin muss ich sagen dass das ein Armutszeugnis was hier an Inklusion geschaffen wird, , wenn ein kleines Nachbarstädtchen namens Oldenburg für Inklusion steht und wir uns noch dahinter verstecken müssen, dass es eine Peinlichkeit ist wenn in den schulen mittlerweile wieder abgebaut wird und nicht aufgebaut wird. Dankeschön!

Rede von Heike Oldenburg (EXPA-trialog) anlässlich des 26. Bremer Protesttages  
am 3. Mai 2018

Beim heutigen 26. PROTESTTAG gegen Diskriminierung behinderter Menschen 2018 geht es um das Thema „Inklusion von Anfang an – Teilhabe für Alle!“

Viele Menschen haben früh in ihrem Leben **Gewalt** erlebt. Oft sind Behinderungen und chronische Erkrankungen die Folge. Teilhabe kann durch traumatische Erfahrungen schwierig oder gar unmöglich werden. Jedes 8. Mädchen und jeder 10. Junge ist sexualisierter Gewalt ausgesetzt, Menschen mit Behinderung noch häufiger. In Bremen sind Schattenriss, Jungenbüro und Refugio, das psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge als geschützte Räume für emotionale Heilungsprozesse und für unterstützende Angebote vorhanden. **Wir fordern: dauerhaft fest finanzieren!**

Um Menschen mit Behinderung überall gleichberechtigt mit einbeziehen zu können, müssen aus Opfern wieder selbstbewusste Persönlichkeiten werden, die neben den Traumata auch

ihre eigene Überlebenskraft erkennen. Es gibt oft wütende, kreative oder verzweifelte Verhaltensweisen als Auswege, um schlimme Kindheitserfahrungen zu bewältigen. Wir sind gegen die Privatisierung sozialen Leids durch diagnostische Zuschreibungen. Es gilt, **Empathie, Würde, Respekt und Solidarität als Haltung zu erfahren anstatt mit dem Etikett ADHS ausgegrenzt und mit Ritalin abgespeist zu werden! Es gilt, Strafverfolgung und Entschädigung einzuklagen und damit als selbstbewusste Persönlichkeiten sichtbar zu werden, die ihre Rechte beanspruchen!**

In der Zeitschrift IRRTURM Nr. 27 mit dem Titel „Dazugehören“ beschreibt eine Frau auf erschütternde Weise, wie die Schule ihr Ausweg aus erdrückenden Familienverhältnissen wurde. **Bildung** war für sie ein wesentlicher Schritt, sich in selbstermächtigender Weise ein Leben in Selbstbestimmung und mit Selbstvertrauen zu erarbeiten!

In der heutigen Schule gilt: „Alles soll inklusiv sein, es darf aber nichts zusätzlich kosten.“ Es reicht nicht, Kinder aus Familien mit geringem Einkommen beim Anschaffen von Lernmitteln oder bei Schulnebenkosten wie Klassenfahrten zu unterstützen. Diese Kinder brauchen neben der materiellen Unterstützung die Hilfe von Menschen, die ihnen dabei helfen, den Anforderungen des Schulalltags gerecht zu werden. In Gesellschaften mit hohem Grad an Ungleichheit werden nachweislich mehr Menschen psychisch krank. **Setzen wir uns für eine gerechtere Verteilung von Vermögen ein! Solidarische Sozialstrukturen aufbauen!**

Leider ist es so geblieben, wie es vor der Einführung von Inklusion schon war: In einigen Schulen wurde schon immer inklusiv gehandelt. In den meisten werden die wenigen engagierten Lehrer\*innen müde, gegen hausinterne Widerstände anzukämpfen. Erfolgreiche Inklusion erfordert, dass mehrere Voraussetzungen erfüllt sind: Zum Beispiel: Schon in der Lehrerbildung müssen die erforderlichen theoretischen und praktischen Kompetenzen erworben werden! Es müssen mehr qualifizierte Assistenten eingestellt werden. **Inklusion in der Schule könnte in Bremen durch Einstellung von ausgebildeten Genesungsbegleitern als Inklusionshelfer\*innen sehr gut vorangetrieben werden! Die Unterstützung beim erfolgreichen Bewältigen der Schulzeit ist ein Baustein für soziale Veränderungen! Die Politiker\*innen müssen die Prioritäten so ändern, damit das Geld dafür da ist!**

Und wo sind die anschließenden Ausbildungsmöglichkeiten für behinderte Schulabgänger\*innen **nach** der inklusiven Schulbildung? Laut einer aktuellen Recherche des Landesinstituts für Schule (LIS) bietet in Bremen auf dem ersten Arbeitsmarkt nur Mercedes als einziges Unternehmen eine Fachpraktiker Ausbildung für Menschen mit „Lernbeeinträchtigung“ an! Wenn sich ein Unternehmen vergessen wurde, nimmt das LIS die Korrektur gerne auf. ;-) Ansonsten: Ab in die geschützte Bremer „Werkstatt für angepasste Arbeit“, zum Martinshof! Auch diese Werkstätten für Behinderte müssen sich in den nächsten 20 Jahren weiterentwickeln zu Inklusionsbetrieben! Ziel muss es sein, dass sogenannte „Normale“ neben sogenannten „Behinderten“ arbeiten – für den gleichen Lohn! Entlohnt wird nicht die quantitative Leistung, die Stückzahl, sondern die qualitative Leistung, der individuelle persönliche Einsatz.

Inklusion von Anfang an muss in lebenslanger Teilhabe für alle enden können! **Setzen wir uns verstärkt ein für Lebensverhältnisse, wo niemand gegen seinen Willen zurückgelassen wird! Damit Zukunftsträume so bunt und vielfältig verwirklicht werden können, wie es die Menschen sind, die sie träumen! Für Vielfalt von Anfang an!**

Heike Oldenburg, Redebeitrag EXPA-dialog, Mai 2018

Rede von Sabine Schöning (1. Vorsitzende des Landesverbandes der Gehörlosen e. V.)  
anlässlich des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

- In Bremen gibt es ca. 600 gehörlose Menschen. Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich höher.
- Für Gehörlose gibt bis jetzt noch keine volle Barrierefreiheit, z. B. beim Besuch bei der Volkshochschule werden leider keine Dolmetscher/innen finanziert. Beim Theaterbesuch verstehen wir ohne Dolmetscher\*innen nichts. Auch bei Informationsveranstaltungen wie einem Gesundheitsforum oder bei Krankenhaus-Informationsabenden zu verschiedenen Themen stehen wir ohne Dolmetscher\*innen außen vor, obwohl die Aufklärung in medizinischen Bereichen sehr wichtig ist.
- Für ehrenamtliche Tätigkeiten werden auch Dolmetscher/innen Kosten nicht übernommen.
- Für Schulabgänger, die in Essen Abitur machen möchten, müssen Eltern für hohe Kosten, z.B. für das Internat und Fahrtkosten aufkommen. Da sie in Bremen nicht normale Schule besuchen können aufgrund Kommunikations-Schwierigkeiten.
- Im letzten Jahr gab es noch eine Berufsorientierung für die Schüler an der Gehörlosenschule. Diese Unterstützung wurde inzwischen beendet. Wir fordern, dass die Berufsorientierung wieder aufgenommen wird. Es kann nicht sein, dass sich die Behörden über die Zuständigkeit streiten und das Geld dafür nicht zur Verfügung gestellt wird.
- Auch bei Gehörlosen und anderen Hörgeschädigten gibt es traumatische Erfahrungen, Krisensituationen oder andere Probleme. Dann brauchen sie passende Beratungsangebote dafür. Die psychosoziale Beratungsstelle für Gehörlose finanziert sich überwiegend aus Spenden. Hier ist eine dauerhafte feste Finanzierungsregelung nötig! Wir vom Landesverband fordern gerechte Teilhabe im Leben, also mehr Unterstützung für Gehörlose und für die Rechte der Gehörlosen sowie Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen.

Rede von Martina Reicksmann (Blinden- und Sehbehindertenverein Bremen e. V.)  
anlässlich des 26. Bremer Protesttages am 3. Mai 2018

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Inklusion bedeutet Teilhabe, und Teilhabe setzt Barrierefreiheit voraus.

Das beginnt schon in der Schule. Dort brauchen blinde und sehbehinderte Kinder die Unterstützung von gut ausgebildeten Personen, die ihnen den Zugang zum Lehrmaterial ermöglichen, zum Beispiel indem sie Tastbilder oder Modelle herstellen. Die Ausstattung mit Computern muss gewährleistet sein. Spezielle Programme lesen blinden Kindern vor, was auf dem Bildschirm zu sehen ist. Sehbehinderte Kinder brauchen ein Vergrößerungsprogramm oder auch beides. Das Erlernen der Brailleschrift (Punktschrift) ist für blinde und stark sehbehinderte Kinder unverzichtbar.

Sehbehinderung und Blindheit kommen beim Menschen im höheren Lebensalter wesentlich häufiger vor als bei Kindern. Deshalb bedeutet „Inklusion von Anfang an“ für uns auch eine sofortige Rehabilitation nach Sehverlust. Wer zum Beispiel infolge einer altersbedingten Makuladegeneration nicht mehr lesen kann, muss darin geschult werden, sich Informationen auf anderen Wegen zu verschaffen. Für bisher selbstverständliche Tätigkeiten im Haushalt, beim Essen und der Auswahl von Kleidung müssen neue Lösungen gefunden und Hilfsmittel eingesetzt werden. All dies vermittelt die so genannte Schulung in lebenspraktischen Fähigkeiten. Diese muss so selbstverständlich gewährt werden wie eine Reha-Maßnahme nach einem Herzinfarkt oder einer Hüftoperation.

Auch wir vom Blinden- und Sehbehindertenverein Bremen bieten die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung – EUTB – an, und zwar mit dem Schwerpunkt Sehen. An unserem gemeinsamen Info-Stand mit den anderen EUTB-Stellen gebe ich Ihnen gern weitere Auskünfte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**DER 26. BREMER PROTESTTAG  
IM SPIEGEL DER PRESSE**

## SOZIALES

## „Ohne Inklusion kein Respekt“

### Behinderten-Protesttag auf dem Marktplatz

**BREMEN** • Der Landesbehindertenbeauftragte Joachim Steinbrück erinnerte am Donnerstag 150 Demonstranten beim 26. Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen an einen Erfolg. „Vor vielen Jahren haben hier Leute mit ihren Rollstühlen die Bahntrassen blockiert, damit wir Niederflurbusse bekommen.“

Bei der aktuellen Demo geht es um andere Probleme. Das Motto: Inklusion von Anfang an. „No inclusion, no respect“ steht auf einem Plakat. Eine ähnliche Forderung steht auf dem Schild eines Rollstuhlfahrers: „Nur weil wir eine Behinderung haben, sind wir noch lange nicht dumm.“ In den Kitas bleibe bei der Inklusion weiterhin viel zu tun und zudem fehle dort Geld. „Die Mittel für die Inklusion sind nicht erhöht

worden, obwohl sich die Fallzahlen in den vergangenen zwölf Jahren verdoppelt haben“, sagt Steinbrück. Eine jetzt beschlossene Erhöhung reiche nicht aus.

Stefan Pitsch, bei der Schwerbehindertenvertretung der Schulen zur Zeit für die Anliegen von 300 Angestellten mit Behinderung zuständig, griff die Schulleitung des Gymnasiums Horn massiv wegen ihrer Klage gegen die Verpflichtung zur Inklusion behinderter Schüler an. Er sei vorher als Sonderschullehrer bereits an dieser Schule gewesen. „Wir haben zwar das Gebäude geteilt, aber es ist nie zu einer Inklusion gekommen. Wir waren vom Schulleben ausgeschlossen“, sagt Pitsch. „Heute wird als ein Grund angeführt, die Schule sei nicht barrierefrei. Die war aber barrierefrei. Es wurde alles abgebaut.“ • mko



Etwa 150 Demonstranten auf dem Marktplatz: Auf dem 26. Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen fordern sie „Inklusion von Anfang an“. • Foto: Kowalewski

Weser-Kurier, 4. Mai 2018

## Demonstration für Gleichstellung

### Kritik an Gymnasium Horn

VON SARA SUNDERMANN

**Bremen.** Mehr als 350 Demonstranten sind am Donnerstag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung auf die Straße gegangen. Der Protestzug zog vom Bahnhof bis zum Marktplatz. Zentrale Forderungen waren mehr Barrierefreiheit und Teilhabe für behinderte Menschen. Verschiedene Initiativen hatten zu der Demo aufgerufen.

Mehrere Redner bezogen sich auf die Klage des Gymnasiums Horn gegen die Einrichtung einer Inklusionsklasse. „Es darf keine Rolle rückwärts in der Inklusion geben“, sagte Dieter Stegmann, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen. Das Gymnasium Horn habe genau wie alle anderen Schulen neun Jahre Zeit gehabt, um sich auf die Inklusion vorzubereiten.

Auch Bremens Landesbehindertenbeauftragter Joachim Steinbrück, der bei der Demo sprach, nahm darauf Bezug. Er hatte sich als Vorsitzender des Landesteilhabendebeirats an die Schulleiterin gewandt und sie gebeten, ihre Klage zurückzuziehen. In einem Antwortbrief habe die Schulleiterin daraufhin auf ein Elternrecht auf Förderschulunterricht verwiesen, so Steinbrück. „Damit wird indirekt gefordert, die Förderschulen, die man in Bremen abgeschafft hat, wieder aufzubauen.“ Das bezeichnete er als Unsinn: Förderschulen zu unterhalten sei teuer, das Geld dafür würde dann der Inklusion in anderen Schulen entzogen.

Es wurden aber auch andere Forderungen benannt. So forderte zum Beispiel Benjamin Knutzen als einer von vielen Beschäftigten der Behinderten-Werkstätten des Martinshof, die mitdemonstrierten: „Die Menschen in den Werkstätten müssen mehr verdienen. Wir müssen mindestens den Mindestlohn bekommen, so wie es für alle anderen auch vorgeschrieben ist.“

Weser-Kurier online vom 3.5.2018

## Demo für Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Sara Sundermann 03.05.2018

**Der 5. Mai ist europaweit ein Aktionstag für die Rechte von Behinderten. In vielen Städten gingen Menschen für mehr Gleichstellung und Teilhabe auf die Straße. Auch in Bremen wurde demonstriert.**



**Der Protestzug zog in Bremen vom Bahnhof bis zum Marktplatz.** (Sara Sundermann)

Mehr als 350 Demonstranten sind an diesem Donnerstag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung auf die Straße gegangen. Der Protestzug, der unter anderem von einigen Rollstuhlfahrern angeführt wurde, zog vom Bahnhof bis zum Marktplatz. Zentrale Forderungen waren mehr Barrierefreiheit und Teilhabe für behinderte Menschen. Mehrere Initiativen hatten zu der Demonstration aufgerufen. Veranstalter war der Arbeitskreis Protest gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung behinderter Menschen.

Mehrere Redner bezogen sich konkret auf die Klage des Gymnasiums Horn gegen die Einführung einer Inklusionsklasse. "Es darf keine Rolle rückwärts in der Inklusion in der Bildung geben", sagte Dieter Stegmann, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen in Bremen. Das Gymnasium Horn habe genau wie alle anderen Schulen neun Jahre Zeit gehabt, um sich auf die Inklusion vorzubereiten, Gespräche dazu zu führen und gute Bedingungen zu schaffen.

### **"Menschen in Werkstätten müssen mehr verdienen"**

Auch Bremens Landesbehindertenbeauftragter Joachim Steinbrück nahm auf die Klage Bezug. Er hatte sich als Vorsitzender des Landesteilhabebeirats an die Schulleiterin in Horn gewandt und sie gebeten, ihre Klage zurückzuziehen. In einem Brief habe die Schulleiterin daraufhin auf ein Elternrecht auf Förderschulunterricht verwiesen, so Steinbrück. "Damit wird

indirekt gefordert, die Förderschulen, die man in Bremen abgeschafft hat, wieder aufzubauen." Das bezeichnete er als "Unsinn": Förderschulen zu unterhalten sei teuer, dieses Geld würde dann anderen Schulen für die Inklusion fehlen.

"Es ist eine Peinlichkeit, dass die Inklusion an Schulen inzwischen nach dem Willen einiger wieder abgebaut und nicht weiter aufgebaut werden soll", sagte auch Ronald Pawlik von der Vertretung der Beschäftigten in Werkstätten des Martinshofs.

Es wurden aber auch andere Forderungen benannt. So forderte zum Beispiel der Werkstatt-Beschäftigte Benjamin Knutzen: "Die Menschen in Werkstätten müssen mehr verdienen, wir müssen mindestens den Mindestlohn bekommen, so wie es für alle anderen auch vorgeschrieben ist."

## **SAT 1 Regional, 3. Mai 2018**

### **Demonstration gegen die Diskriminierung behinderter Menschen**

(Der Bericht liegt nicht in Schriftform vor, daher hier eine Abschrift des Filmberichts)

*In Bremen haben am Donnerstagmittag rund 250 Menschen gegen die Diskriminierung behinderter Menschen demonstriert. Auf einer Kundgebung vor der Bremischen Bürgerschaft demonstrierten die Demonstrante\*innen für eine größere Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Gesellschaft. In diesem Bericht erklärt Bremen Landesbehindertenbeauftragter Dr. Joachim Steinbrück: „Es ist wichtig dass in das Bildungssystem mehr Geld für die Inklusion gesteckt wird, dass weitere Barrieren im öffentlichen Raum abgebaut werden und dass Menschen mit Behinderung einfach zu dieser Gesellschaft dazu gehören und überall teilhaben wollen und dafür müssen bessere Bedingungen geschaffen werden.“ Der Protesttag findet bereits zum 26. Mal statt. In diesem Jahr lautet das Motto „Inklusion von Anfang an – Teilhabe für Alle!“*

## **Buten und binnen, 3. Mai 2018**

### **350 Teilnehmer demonstrieren für Gleichstellung von Menschen mit Behinderung**

- **Anlass ist ein europaweiter Protesttag**
- **Bremen beteiligt sich zum 26. Mal**
- **Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz**

In Bremen haben am Donnerstag rund 350 Teilnehmer gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und für deren Gleichstellung demonstriert. Anlass ist der europaweite Protesttag zu diesem Thema, der jedes Jahr am 5. Mai stattfindet. Bremen beteiligt sich zum 26. Mal an der Aktion.

Der Bremer Protesttag steht in diesem Jahr unter dem Motto "Inklusion von Anfang an" mit dem Zusatz "Teilhabe für alle". Unterstützt wird der Aktionstag von der Sozialorganisation "Aktion Mensch". Ein Demonstrationzug ist durch die Bremer Innenstadt gezogen. Danach gab es eine Kundgebung auf dem Marktplatz.

Einer der Redner war Bremens Landesbehindertenbeauftragter Joachim Steinbrück. Rund um die Kundgebung informierten Selbsthilfegruppen über ihre Arbeit. Bundesweit gibt es heute hunderte Kundgebungen zu diesem Thema. Der Protesttag ist 1992 von einer Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung ins Leben gerufen worden.

**FOTOS DES 26. BREMER  
PROTESTTAGES**

## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Los geht 's: Die Spitze des Demonstrationszuges steht bereit, die Ordnerbinden sind verteilt.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Die Demonstration startet mit Tatendrang und bester Laune.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Viele Organisationen behinderter Menschen nehmen wieder am Protesttag teil.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Florian Grams moderiert mit großem Einsatz die Kundgebung und spontane Redebeiträge.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Impressionen von der Demonstration.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Auf dem Marktplatz vertreiben sich die Teilnehmenden die Wartezeit bis zur Kundgebung.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Der Demonstrationzug erreicht den Marktplatz.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Wilhelm Winkelmeier (SelbstBestimmt Leben) eröffnet als Moderator die Kundgebung. Erster Redner ist Dieter Stegmann (1. Vorsitzender LAG Selbsthilfe behinderter Menschen).



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Die nächsten Redner: Der Landesbehindertenbeauftragte Dr. Joachim Steinbrück und Stephan Pitsch, Schwerbehindertenvertreter Schulen Bremen.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Die „Compagnons“ drehen einen Film über den 26. Bremer Protesttag, und Hanna Burr sorgt für musikalische Pausen während der Kundgebung auf dem Marktplatz.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Birgit Meierdiercks (Vorsitzende der LAG der Werkstattträte) und Ronald Pawlik (1. Vorsitzender des Werkstatttrats der Werkstatt Bremen) sehen noch viel Nachholbedarf bei der Teilhabe.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Personelle Unterstützung für die Frauenbeauftragten der Werkstätten und bessere Bezahlung in den Werkstätten fordern Ramona Bauermann-Meier und Benjamin Knutzen.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Heike Oldenburg (EXPA-trialog) und Sabine Schöning (Landesverband der Gehörlosen Bremen) eröffnen den Abschnitt mit weiteren Beiträgen von Behindertenorganisationen.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Martina Reicksmann weist auf Schwierigkeiten für Blinde und Sehbehinderte bei der Teilhabe hin, bevor sich die noch anwesenden Redner\*innen zum Gruppenbild treffen.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Nach den Reden: Zeit für „Small Talk“ und Informationsaustausch auf dem Marktplatz und an den Informationsständen der Behindertenorganisationen.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Am Stand der LAG Selbsthilfe behinderter Menschen stellen sich auch die unabhängigen Teilhabeberatungsstellen vor.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen

---



Auch Vertreterinnen aus der Verwaltung und Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft besuchten wieder den Protesttag.



## 26. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen



Letzte Gespräche an den Ständen und fröhliche Begegnungen – dann ist der 26. Bremer Protesttag beendet. Auf Wiedersehen bis zum Behindertenparlament Ende November 2018.

